Deutscher Bundestag **Drucksache 14/924**
14. Wahlperiode

04. 05. 99

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Hildebrecht Braun, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Gisela Frick, Paul K. Friedhoff, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
— Drucksachen 14/300, 14/760, 14/601 bis 14/621, 14/622, 14/623, 14/624 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In § 27 Abs. 2 wird Satz 1 wie folgt gefaßt: „Ausgenommen von der Einsparung sind die Planstellen und Stellen der Rechtspflege, des Bundesgrenzschutzes, des Bundeskriminalamtes, die Planstellen im Grenzzolldienst, im Zollfahndungsdienst und beim Zollkriminalamt sowie die Planstellen und Stellen des Rechts- und Konsulardienstes in den Vertretungen des Bundes im Ausland und die Planstellen und Stellen beim Deutschen Patentamt."

Bonn, den 4. Mai 1999

Dr. Günter Rexrodt
Dr. Werner Hoyer
Jürgen Koppelin
Hildebrecht Braun
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Gisela Frick
Paul K. Friedhoff
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Walter Hirche
Birgit Homburger
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Die Ausnahmeregelung in § 27 Abs. 2 Satz 1 hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß sowohl bei den Gerichten als auch bei den Organen der Sicherheit die Anzahl der Planstellen und Stellen der „zuarbeitenden" Verwaltung über die letzten Jahre gekürzt worden sind mit der Folge, daß die Organe der Rechtspflege als auch die Polizeivollzugsbeamten bei Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt von der Kürzung zwar ausgenommen worden sind, die begleitenden Apparate aber nicht mehr im notwendigen Umfang zuarbeiten konnten. Besonders deutlich ist dies geworden beim Bundeskriminalamt, wo es zunehmend an wissenschaftlicher Begleitung bei der Kriminalitätsbekämpfung mangelt.

Des weiteren ist festzustellen, daß die globalen Kürzungen im Bereich der Rechts-Konsulardienste bei den Auslandsvertretungen zu empfindlichen Engpässen geführt haben. Die Bearbeitungsdauer ist über die Jahre hinweg gestiegen, und die Belastung des Personals ist nicht mehr weiter zu verantworten.

Auch beim Patentamt haben die Globalkürzungen zu nicht hinnehmbaren und unerwünschten Benachteiligungen geführt. Die Bearbeitungszeiten bei Patenterteilung haben sich über die Jahre erheblich verlängert, was zu einer empfindlichen Wettbewerbsverzerrung des Standortes Deutschland geführt hat. Auf der anderen Seite ist durch die verzögerte Bearbeitung ein erheblicher Einnahmeverlust bei den Gebühreneinnahmen des Patentamtes entstanden.